

FREIHEIT UND RECHT

Vierteljahresschrift für streitbare Demokratie und Widerstand gegen Diktatur

Herausgeber: Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen

September 2007/3

Der „Tag von Leipzig“ – Ein Wunder und ein Grund zum Feiern

von *Wolfgang Tiefensee*

Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Wenn sich in zwei Jahren die friedliche Revolution in der DDR zum zwanzigsten Mal jährt, dann ist das ein Grund zum Feiern und zum Stolz auf das Erreichte. Wir haben ohne Blutvergießen eine 40 Jahre währende Diktatur beendet und die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes in Freiheit und Demokratie erreicht. Was könnte ein schönerer Anlass zum Feiern sein angesichts der wechselvollen deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert!

Viele Tage und Einzelereignisse des Herbstes 1989 sind im Gedächtnis geblieben und nichts davon soll in seiner Bedeutung geschmälert werden, wenn ich hier in besonderer Weise an den 9. Oktober erinnere, an den „Tag von Leipzig“. Dieser Tag war einer der wichtigsten Meilensteine zur Entmachtung des SED-Regimes und als solcher ist und bleibt er ein bedeutender Tag in unserer Geschichte. Der gewaltlose Protest hatte die Machtlosigkeit der Herrschenden offen gelegt. Mit dem Ruf „Keine Gewalt!“ und seiner erfolgreichen Umsetzung an diesem 9. Oktober 1989 in Leipzig haben alle, die dabei waren, für eine Sternstunde in der deutschen Freiheits- und Demokratiegeschichte gesorgt.

Es ist oft darüber spekuliert worden, warum an diesem Tag kein Schuss gefallen ist. Schließlich waren die Ereignisse auf dem Pekinger „Platz des himmlischen Friedens“ noch



Der Autor, einst Verweigerer des Dienstes mit der Waffe und der „Erwartungen“ des SED-Regimes an die Jugend, betrat 1989 die politische Szene seiner Heimatstadt. Zunächst war er Dezernent der Stadtverwaltung, später Oberbürgermeister von Leipzig. Seit 2005 ist Wolfgang Tiefensee Bundesminister für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung

unmittelbar präsent. Vielleicht war es der „Aufruf der Sechs“ oder die „Einsicht“ der Staatsführung, dass das aufgebotene militärische Material nicht ausreichen würde, um die 70.000 zusammengekommenen Demonstranten in Schach zu halten. Für mich bleibt es in jeden Fall auch ein Wunder!

(Fortsetzung Seite 2)

**Georg Milbradt
würdigt Vorkämpfer
der Demokratie**

Seite 3

**Annemarie Renger
empfängt Echo auf
Dokumentation
„Demokratie braucht
Demokraten“**

Seite 5

Wir bieten die DVD unseren Lesern an

Seite 20

**Thomas de Maizière
zum 20. Juli 1944**

Seite 8

Wir sind das Volk

Interview mit
Waldemar Ritter

Seite 12

Inhaltsverzeichnis

Wolfgang Tiefensee Der „Tag von Leipzig“ – Ein Wunder und ein Grund zum Feiern	Seite 1
Gerald Wiemers Würdigung unserer Vorkämpfer Bundesverdienstkreuz für „Belter-Gruppe“	Seite 3
Hans-Jürgen Grasemann Die „Abstimmung mit den Füßen“ endete am 13. August 1961	Seite 4
Demokratie braucht Demokraten Echo zur DVD	Seite 5
Hans-Jürgen Grasemann „Alles Käse, Genossen“ Vor 20 Jahren: Aufhebung der Todesstrafe in der DDR	Seite 6
Eva Winkelmeier Gedenkveranstaltungen am 20. Juli in Berlin	Seite 7
Thomas de Maizière zum 20. Juli 1944	Seite 8
Mitgliederversammlung des ZDWW	Seite 9
Neu im Vorstand	Seite 11
Gespräch mit John Tabbat, 16	Seite 11
Hitler, Stalin und die Deutschen BWW-Bayern diskutiert	Seite 12
Wir sind das Volk Interview mit Waldemar Ritter	Seite 12
Neuerscheinungen	Seite 14
Impressum	Seite 20

Schwerpunktthema der
Dezember-Ausgabe

Rechtsextremismus

(Fortsetzung von Seite 1)

Das alles ist von heute aus gesehen noch gar nicht lange her. Viele der Opfer des Systems, viele Überlebende des politischen Terrors aus den Gefängnissen von Bautzen, Hohenschönhausen oder dem berüchtigten Jugendwerkhof in Torgau leben noch unter uns. Genauso übrigens wie viele der Täter, von den Gefängniswärtern und Stasi-Verhörspezialisten bis hin zu den Verwaltungsmitarbeitern, die die Zersetzungspläne und operativen Maßnahmen erdacht, ausgearbeitet und überwacht haben. Zu den guten Erinnerungen an die erfolgreiche Revolution treten deshalb stets auch die Trauer und die Scham darüber, was Menschen im Namen von Sozialismus und Kommunismus angetan wurde.

Gleichwohl musste der 9. Oktober deshalb kein offizieller (und arbeitsfreier) Feiertag werden. Wir haben in den Monaten vom Herbst 1989 bis zur Wiedervereinigung so viele wichtige Tage, an die es zu erinnern gilt. Da ist vor allem natürlich der 9. November. Mir hat immer ganz besonders der Vergleich mit der biblischen Geschichte des Volkes Israel gefallen, das nach 40jähriger Gefangenschaft vor den Stadtmauern der Stadt Jericho stand. Sieben Mal zogen sie um die Stadt und dann stürzten die unüberwindlichen Mauern ein. Genauso war es bei uns:

Nach 40 Jahren Diktatur zogen wir in Leipzig sieben Mal um den Ring und die unüberwindliche Mauer, die die Menschen in Ost und West voneinander trennte, stürzte am 9. November ein.

Wir müssen die Erinnerung an diese großartigen historischen Ereignisse wach halten und weitergeben. Unsere Botschaft lautet, dass der Wille zu Freiheit und Demokratie Berge versetzen und Mauern einreißen kann. Am 9. Oktober 1989 waren Zivilcourage, Mut und Entschlossenheit zum Handeln gefordert. Und der „Tag von Leipzig“ war ein Tag der Tat! Die Zeit war überfällig, den Irrweg der Teilung und der Unterdrückung im Namen einer Ideologie zu beenden und zu überwinden.

Leipzig war der Durchbruch, auch dank der zahllosen mutigen Frauen und Männer, die in Plauen und Dresden, in Berlin und anderswo gegen das SED-Regime demonstriert hatten. Darauf können wir gemeinsam stolz sein. Diese Geschichte ist ein Grund zum Feiern und wir geben diese Erfahrung der jungen Generation mit auf den Weg. Einmal um zu zeigen, dass Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat keine Selbstverständlichkeiten sind und zum anderen, weil dieses Erbe heute Identität stiftend sein kann. „Wir sind das Volk!“ hieß der Ruf in Leipzig. Wir sind es an jedem Tag des Jahres und nicht nur am 9. Oktober.

Eine besondere Buchpräsentation in der Bundeshauptstadt:

Schwarze Pyramiden, rote Sklaven

Herausgegeben von Wladislaw Hedeler und Horst Hennig
(s. auch Seite 18 in diesem Heft)

Montag, 17. September 2007, 18.45 Uhr

Im Haus der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim
Bund, Luisenstr. 18, 10117 Berlin (Mitte)

An der Veranstaltung wirken mit:

Dr. Gerald Diesener, Leipziger Universitätsverlag
Dr. Karl Wilhelm Fricke, Köln, Publizist, früher Deutschlandfunk
Reinhard Führer, Präsident Volksbund Dt. Kriegsgräberfürsorge
Dr. Wladislaw Hedeler, Berlin, Historiker
Dr. Jens Hüttmann, Berlin, Stiftung Aufarbeitung SED-Diktatur
Dr. Eva Ochs, Hagen, Historikerin
Dr. Michael Schneider, Staatssekretär Sachsen-Anhalt
Horst Schüler, Hamburg, Publizist, Ehrevors. polit. Häftlingsgruppen
Prof. Dr. Wolfgang Schuller, Universität Konstanz

Der Eintritt ist frei.

Würdigung unserer Vorkämpfer

Bundesverdienstkreuz für „Belter-Gruppe“

Dresden. Georg Milbradt, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, hat sich etwas einfallen lassen: Unter Nutzung des architektonischen Rahmens der auch „Elbflorenz“ genannten sächsischen Kulturmetropole gestaltete er die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes zu einer besonders würdigen, in der Öffentlichkeit stark beachteten Feier. Politisch Verfolgte der Diktaturen, ihre Verbände und im Grunde alle aktiven Demokraten wissen es dem Ministerpräsidenten zu danken, denn die gegen Extremisten abwehrbereite Demokratie braucht Identifikation der heutigen Gesellschaft mit den Vorkämpfern.

Von Gerald Wiemers

Der Widerstand von Leipziger Studenten nach 1945 für Freiheit und Demokratie ist durch die russischen Rehabilitierungen in den 90er Jahren formaljuristisch aufgearbeitet, aber dennoch ist das politische Engagement gegen das Vergessen nach wie vor notwendig. Gedenkreiden, Gedenktafeln, Straßenbenennungen nach Widertandskämpfern oder Aus-

stellungen reichen nicht aus, um nachhaltig in das öffentliche Bewusstsein vorzudringen. Namen stehen für Personen. Viele habe ihr Leben verloren, andere sind an den Haftfolgen gestorben oder leiden noch heute darunter. All diese Menschen verkörpern konkrete Geschichte und sollten ganz selbstverständlich in den Lehrbüchern der all-

gemeinbildenden Schulen Eingang finden.

Am 6. Juli 2007 erhielten in einem feierlichen Akt die noch fünf überlebenden Mitglieder der so genannten Belter-Gruppe in der sächsischen Staatskanzlei das Bundesverdienstkreuz am Bande aus der Hand des Sächsischen Ministerpräsidenten Georg Milbradt, beurkundet von Bundespräsident Horst Köhler, „für ihr unerschrockenes Eintreten für Demokratie in den Jahren 1949 und 1950 an der Universität Leipzig.“

„Die größte und bekannteste Gruppe in Leipzig“, schreibt Siegfried Jenkner, einer ihrer Repräsentanten, „war der Kreis um den aus Rostock stammenden Herbert Belter.“ Er gehörte der neuen Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät an, der eigentlich eine Vorreiterrolle bei der



(v. l. n. r.: Gumpel, Eberle, Hermann, Ministerpräsident Milbradt, Jenkner und Bachmann.)
Foto: Ulrike Wiemers, Leipzig.

kommunistischen Ausbildung und Erziehung zugeordnet war. Belter aber war kritisch eingestellt, fand Gleichgesinnte und knüpfte Kontakte zum RIAS-Hochschulfunk. Es ging zunächst um die eigene politische Weiterbildung. Den „Anstoß zu Außenaktivitäten“, berichtet Jenkner weiter, „gab insbesondere die bevorstehende Volkskammerwahl im Oktober 1950. Sie sollte nicht nach den von der DDR-Verfassung (in Art. 51, Abs.2) vorgeschriebenen ‚Grundsätzen der Verhältniswahl‘ ... stattfinden, sondern mit einer Einheitsliste und einer vorher festgelegten Sitzverteilung.“ Die Gruppe protestierte mit Flugblattaktionen gegen diesen Verfassungsbruch. Es kam Anfang Oktober zu Verhaftungen und schließlich im Januar 1951 in Dresden zur Verurteilung durch

ein sowjetisches Militärtribunal. Belter wurde zum Tode verurteilt und am 28. April 1951 in Moskau erschossen. Die neun anderen erhielten, wie Peter Eberle, ein weiteres Mitglied aus dem Kreis sagte, „zusammen 285 Jahre Zwangsarbeit“ zudiktiert, die sie zumeist in Workuta, nördlich des Polarkreises bis 1953 bzw. 1955 verbüßen mussten.

In der Stunde der hohen Ehrung für Otto Bachmann, Dr. Peter Eberle, Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Gumpel, Dr. Günter Hermann und Prof. Dr. Siegfried Jenkner gedachte man auch der toten Kameraden: Karl Miertschischk, Hans-Dieter Scharf, Ehrhardt Becker und Rolf Grünberger. Vor allem galt die Erinnerung Herbert Belter, dessen Schicksal erst 1994 im Zusammenhang mit der Rehabilitierung der Gruppe

bekannt wurde. „Seine sterblichen Überreste“, berichtete Peter Eberle auf dem Festakt, „ruhen mit der Asche von 926 deutschen politischen Häftlingen, die zwischen 1950 und 1953 in Moskau erschossen wurden, im Massengrab III auf dem Friedhof Donskoje bei Moskau.“

Der Autor

Der Historiker und Archivwissenschaftler Professor Dr. Gerald Wiemers ist in der Fachwelt, aber auch den Lesern von FREIHEIT UND RECHT wohl bekannt. Seine Spezialgebiete sind Jugendwiderstand unter der SED-Diktatur, studentischer Widerstand sowie Wirken und Verfolgung jüdischer Wissenschaftler an der Universität Leipzig.

Die „Abstimmung mit den Füßen“ endete am 13. August 1961

Von Hans-Jürgen Grasemann

Besser als jede wissenschaftliche Analyse hat die Fluchtbewegung aus der DDR den totalitären Charakter des SED-Regimes entlarvt. Über die „offene Grenze“ in Berlin sind 1961 bis zum 13. August 155.000 Menschen geflohen. Im Jahr zuvor wurden 200.000 Flüchtlinge gezählt. Insgesamt haben über 3 Millionen DDR-Bürger ihrem Staat den Rücken gekehrt.

Der Mauerbau in Berlin am 13. August 1961 beendete die „Abstimmung mit den Füßen“. Mit den Betonmauern, Stacheldrahtrollen, Minenfeldern und mörderischen Selbstschussanlagen an den Metallgitterzäunen sowie dem Schießbefehl, von dem rücksichtslos Gebrauch gemacht wurde, war die Grenze für 28 Jahre ein fast unüberwindbares Hindernis für alle, die in die Freiheit strebten.

Der Ausbau der Grenzanlagen wurde im Innern durch einen gigantischen Überwachungs- und Unter-



Der Kommentator, Dr. Hans-Jürgen Grasemann, ist Oberstaatsanwalt in Braunschweig und war sechs Jahre Sprecher der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter. Seit Juli 2007 ist er Mitglied des Vorstandes des ZDWV.

drückungsapparat mit 91.000 Hauptamtlichen und 173.000 Inoffiziellen Mitarbeitern begleitet. Die Stasi als „Schwert und Schild der Partei“ war ebenso wie die Grenzsicherung Garant der SED zur Erhaltung ihrer nicht demokratisch legitimierten Macht.

„Das Leben der Anderen“ wurde bespitzelt mit dem Ziel, Andersdenkende als „feindlich-negative Elemente“ zu kriminalisieren und psychisch oder physisch zu vernichten. Der Willkür ausgeliefert, verbüßten 250.000 aus allein politischen Gründen Verurteilte Freiheitsstrafen, die kaum jemals im Verhältnis des Vorwurfs standen.

Mit der Verfolgung einer Vielzahl von Unrechtstaten und Einleitung von Rehabilitierungsverfahren ist die justizielle Vergangenheitsaufarbeitung längst abgeschlossen – aus der Sicht der Opfer selten zufriedenstellend, auch wenn im Einzelfall festgestellt wurde, dass Unrecht

Die „Abstimmung mit den Füßen“ endete am 13. August 1961

nicht dadurch Recht wird, dass staatliche Institutionen es in Rechtsbestimmungen kleiden.

Seit dem Fall der Mauer vor 18 Jahren sind gewiss mannigfaltige Anstrengungen zur Erforschung der Ursachen und Folgen der SED-Diktatur unternommen worden. Doch die größte Aufgabe liegt noch vor uns: Jungen Menschen die Geschichte politischer Verfolgung und

von Opposition und Widerstand zu vermitteln, ihnen den Besuch authentischer Orte der Täter und Opfer zu ermöglichen, wie es die Stasi-Haftanstalten Hohenschönhausen oder Magdeburg sind.

Hoffen wir, dass es vielen so geht wie einer Schülerin, die ehemaligen politischen Gefangenen in Bautzen ihre Empfindungen schilderte: „Mit Ihren Erzählungen von Mut und

Widerstandskraft, von Individualität und Selbstbehauptung, von der Kultur in der geistigen Wüste, haben Sie mir viel gegeben. Sie haben mich mit Ihren traurigen Geschichten neu dankbar gemacht für die Freiheit, die ich genießen darf“.

Nichts macht uns die Grundwerte der Demokratie und des Rechtsstaates bewusster als das Bewusstsein der Folgen ihres Verlustes.

Demokratie braucht Demokraten

„Als Dokument, das auch den kommenden Generationen exemplarisch vor Augen führt, in welcher Weise Menschen schon in der Weimarer Republik bereit waren, sich aktiv für eine freiheitliche demokratische Republik einzusetzen, ist die DVD von großer Bedeutung.“ So schreibt Professor Dr. Hermann Schäfer, Ministerialdirektor beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien. Dem Dokumentarfilmer und Historiker Werner Müller, Köln scheint mit dieser dreistündigen Filmdokumentation gelungen zu sein, was andere längst aufgegeben haben: Diese weithin vergessene Phase der Vergangenheit wird in die Gegenwart zurückgeholt – zum Nutzen für die Zukunft. Briefe an Annemarie Renger, die Vorsitzende des Zentralverbandes Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen (ZDWV), bestätigen es. FREIHEIT UND RECHT zitiert Auszüge:

Die Stellvertreterin des Chefs des Bundespräsidialamtes Ministerialdirektorin Cornelia Quennet-Thielen im Auftrag von Bundespräsident Horst Köhler:

Die DVD „Demokratie braucht Demokraten“ gibt eindrucksvoll die Geschichte und das Wirken des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold wieder, daran haben die Interviews der Zeitzeugen – auch Ihres – großen Anteil. ...

Der Bundespräsident freut sich über jede Initiative, die sich für unser demokratisches Gemeinwesen aktiv einsetzt und ist mit Ihnen der Meinung, dass gegen das Erstarken des Rechtsextremismus kontinuierlich und mit Nachdruck vorgegangen werden muss.

Charlotte Knobloch, Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland:

Der Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen leistet damit einmal mehr einen wertvollen Beitrag zur Stärkung des Bewusstseins für demokratische Werte.

Für Ihre weitere Arbeit im Rahmen des Zentralverbandes wünsche ich Ihnen alles Gute und weiterhin viel Schaffenskraft, denn es gilt nach wie vor: „Demokratie braucht Demokraten“.

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen:

Die Dokumentation, die Ihr Verband mit der Unterstützung des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien herausgebracht hat, bündelt auf interessante und anschauliche Art die Geschichten und Erlebnisse von Zeitzeugen der Weimarer Republik. Ich halte es für wichtig, ja sogar für unerlässlich, dass das Engagement und der Ein-

satz dieser Menschen auch für die nachfolgenden Generationen festgehalten wird. Mögen ihre Erzählungen uns alle daran erinnern, dass es in der damaligen Zeit Menschen gab, die unter den widrigsten Umständen für eine freiheitliche und demokratische Republik eingetreten sind.

Prof. Dr. Hermann Schäfer, Ministerialdirektor beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien:

Ich freue mich, dass dieses Projekt mit Mitteln des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien realisiert werden konnte.

Die vielfältigen, individuellen Berichte lassen die historischen Ereignisse lebendig werden und vermitteln ein sehr persönliches Bild der politischen Geschehnisse. Sie geben dem Betrachter einen unmittelbaren Einblick etwa in die Aktionen des Jungbanners und die sich zunehmend zuspitzende politische Situation in der Weimarer Republik. Unterstützt werden die Zeitzeugenberichte durch die zurückhaltende und sehr gezielte Kombination mit historischen Bildern.

Dabei ermöglicht die inhaltliche Aufgliederung der DVD in einen einführenden Teil einerseits und die Zeitzeugenberichte andererseits einen schnellen und guten Einstieg in die Dokumentation.

Als Dokument, das auch den kommenden Generationen exemplarisch

Demokratie braucht Demokraten

vor Augen führt, in welcher Weise Menschen schon in der Weimarer Republik bereit waren, sich aktiv für eine freiheitliche, demokratische Republik einzusetzen, ist die DVD von großer Bedeutung.

**Walter Scheel,
Bundespräsident a.D.:**

Ihre freundlichen Zeilen und die umfangreiche Dokumentation „Reichsbanner“ haben mich sehr gefreut. Es hat mir verdeutlicht, mit welcher Beharrlichkeit und welchem unermüdlichen persönlichen Engagement Sie sich für den Kampf gegen Diktaturen einsetzen.

**Gerhard Schröder,
Bundeskanzler a.D.:**

Du hast Recht: die Geschichte des „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ ist leider, auch in den Kreisen der Sozialdemokratie, allzu häufig in

Vergessenheit geraten. Ich hoffe, dass die Arbeit des Zentralverbandes Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen sowie die Dokumentations-DVD dies ändern wird.

Die Geschichte des „Reichsbanner“, aber auch die Geschichte des Scheiterns des Widerstandes gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft sollte uns auch heute noch eine Lehre sein. Die Konsequenz muss sein, dass wir gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus entschieden ankämpfen. Auch deswegen habe ich die Schirmherrschaft des Vereins „Gesicht zeigen!“ von Johannes Rau nach seinem Tod übernommen.

**Dr. Hans-Jochen Vogel,
Bundesminister a.D.,
Gründungsvorsitzender der
Vereinigung Gegen Vergessen –
Für Demokratie:**

Dein Verband und insbesondere Hans Bonkas leisten auf diesem Gebiet eine hervorragende Arbeit. Auch ich habe Hans Bonkas bei mehreren Gelegenheiten unterstützt und so mit dazu beigetragen versucht, die Erinnerung an das „Reichsbanner“ lebendig zu erhalten.

**Richard von Weizsäcker,
Bundespräsident a.D.:**

Mit Überzeugung teile ich Ihre politische Wertung, dass es gerade heute angesichts zunehmender rechtsradikaler Umtriebe gilt, sich immer wieder die Tradition des demokratischen Widerstandes gegen Extremismus in unserer Geschichte zu vergegenwärtigen. Diese Dokumentation leistet hierzu einen überzeugenden Beitrag. Dazu darf ich Sie und den ZDWV beglückwünschen.

„Alles Käse, Genossen“

Vor 20 Jahren: Aufhebung der Todesstrafe in der DDR

„Geschwafel“ war für Ulbrichts und Honeckers obersten Henker Erich Mielke die späte Tendenz, von Todesurteilen abzusehen. Doch zwei Jahre vor dem Fall der Mauer war die SED-Herrschaft so weit geschwächt, dass sie in diesem Punkt einer Angleichung an die Bundesrepublik nicht mehr ausweichen mochte. Die Todesstrafe wurde 1987 abgeschafft. Die letzte Hinrichtung war 1981 vollzogen worden.

Von Hans-Jürgen Grasmann

Im Morgengrauen des 26. Juni 1981 zerreißt ein Schuss die Stille in der zentralen Hinrichtungsstätte im streng abgetrennten Teil der Strafvollzugseinrichtung Alfred-Kästner-Strasse in Leipzig. Dr. Werner Teske (39) sackt tödlich im Genick getroffen zusammen. Der Stasi-Hauptmann war der letzte DDR-Bürger, an dem unter strengster Geheimhaltung die Todesstrafe vollstreckt wurde. Seine Frau Sabine, die selbst monatelang in Untersuchungshaft saß, wurde unmittelbar nach der Hinrichtung ihres Mannes entlassen. Jahre später berichtete sie auf einer

Veranstaltung in Leipzig: „Man sagte mir nur, mein Mann sei zum Tode verurteilt worden, aber nichts über die Vollstreckung. Ich habe all die Jahre geglaubt, mein Mann würde im Gefängnis sitzen. Dass sie ihn tatsächlich umbringen, habe ich mir nicht vorstellen können. Erst nach dem Mauerfall habe ich nach ihm geforscht und die Wahrheit erfahren. Noch 1990 drohte mir ein Militärjurist, ich solle es ja nicht wagen, mit der Sache an die Öffentlichkeit zu gehen.“

Von den in 40 Jahren SED-Herrschaft verhängten 231 Todesurtei-

len wurden 166 vollstreckt. Wegen Mordes und NS-Verbrechen wurden 109 Menschen hingerichtet. 57 Menschen verloren ihr Leben wegen „Staatsverbrechen“. Vollstreckt wurden nach Gründung der DDR die Todesurteile zunächst dezentral, vor allem in Waldheim und Frankfurt/Oder, und ab 1952 zentral in der Untersuchungshaftanstalt Dresden mit dem Fallbeil, das schon die Nationalsozialisten eingesetzt hatten. Ab 1960 wurden die Todesurteile in der neuen zentralen Hinrichtungsstätte in Leipzig vollstreckt, anfangs noch mit dem Fallbeil, später mit dem „unerwarteten Hinterhauptnachschieß“. Die Exekutionen in Dresden wurden eingestellt, weil die SED die Hinrichtungsstätte 1960 zu einer Mahn- und Gedenkstätte umgestalten ließ – „zur Erinnerung an die 1069 Frauen und Männer, die hier in den Jahren 1939 bis 1945 unter dem Fallbeil starben“.

Mit Teske mussten 14 Stasi-Bediens-tete ihren „Verrat“ mit dem Leben bezahlen, ebenso „Verräter“ aus den Reihen der Volkspolizei. Im Fall des in die Bundesrepublik geflüchteten Grenzpolizeioffiziers Manfred Smolka, den das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in eine Falle lockte, begründet Stasi-Minister Erich Mielke das Ziel der Tötung Smolkas im Befehl von 1960: „Das Verfahren ist geeignet, aus erzieherischen Gründen die Todesstrafe zu verhängen.“ Seine menschenverachtende Brutalität legte Mielke auf einer MfS-Konferenz 1982 offen: „Wir sind nicht davor gefeit, dass wir einmal einen Schuft unter uns haben. Wenn ich das schon jetzt wüsste, würde er ab morgen nicht mehr leben. Kurzer Prozess. Weil ich ein Humanist bin. Deshalb habe ich solche Auffassung... Das ganze Geschwafel von wegen nicht Hinrichtung und nicht Todesurteil – alles Käse, Genossen. Hinrichten, wenn notwendig auch ohne Gerichtsurteil.“

Dennoch wurde zumindest der äußere Schein von Gerichtsverfahren in den politischen Strafverfahren, in denen das Ministerium für Staatssicherheit als Untersuchungsorgan

nicht selten den Ablauf und das Strafmaß in Form von internen „Regieanweisungen“ und „Drehbüchern“ bestimmte, gewahrt. Echte und erschöpfende Prüfung einer etwaigen strafrechtlichen Schuld wurde deshalb nicht angestrebt und durch Willkür ersetzt. Es ging in den politischen Verfahren um die Beseitigung von Regime-Gegnern unter einem rechtlichen Gewand. Selbst die Totenscheine wurden gefälscht. Sie gaben keinen Aufschluss über Todesursache und Todesort.

Mit der Praxis der Todesstrafe in der DDR befasste sich die Justiz im vereinten Deutschland seit 1991 im Rahmen von Rehabilitierungsanträgen und in Strafverfahren wegen „Rechtsbeugung in Tateinheit mit Totschlag“. In einem Revisionsverfahren gegen einen Richter am Obersten Gericht der DDR, der wegen seiner Beteiligung an politisch motivierten Todesurteilen zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden war, hat der Bundesgerichtshof 1995 ausgeführt: „Aus humanitären Gründen kann keinem Staat das Recht zustehen, durch diese Sanktion über das Leben seiner Bürger zu verfügen. Vielmehr erfordert es der

Primat des absoluten Lebensschutzes, dass eine Rechtsgemeinschaft gerade durch den Verzicht auf die Todesstrafe die Unverletzlichkeit menschlichen Lebens als obersten Wert bekräftigt. Darüber hinaus erscheint es unbedingt geboten, der Gefahr des Missbrauchs der Todesstrafe durch Annahme ihrer ausnahmslos gegebenen Unzulässigkeit von vornherein zu wehren. Fehlurteile sind niemals auszuschließen. Die staatliche Organisation einer Vollstreckung der Todesstrafe ist schließlich, gemessen am Ideal der Menschenwürde, ein schlechterdings unzumutbares und unerträgliches Unterfangen.“

Am 17. Juli 1987, sechs Jahre nach dem letzten vom MfS befohlenen Justizmord, hat der Staatsrat der DDR die Abschaffung der Todesstrafe verfügt. Im Vorfeld seines ersten Treffens mit Bundeskanzler Helmut Kohl im September 1987 in Bonn hat der Staatsratsvorsitzende Erich Honecker die Entscheidung als Beleg für die humanistische Ausrichtung seines Regimes rechtzeitig herbeigeführt. Im Grundgesetz lautet seit 1949 Artikel 102 schlicht: „Die Todesstrafe ist abgeschafft.“

Gedenkveranstaltungen am 20. Juli in Berlin

Das diesjährige Treffen des ZDWW im Rahmen der Feierlichkeiten des 20. Juli 1944 war nicht nur für die Mitglieder und Delegierten des Dachverbandes demokratischer Widerstandskämpfer ein Ereignis. Auch die Feierlichkeiten der Bundesregierung warteten mit hochkarätigem Personal auf. Eskortiert von der Bundeswehr legte Ministerpräsident Dr. Harald Ringsdorff in seiner Eigenschaft als Bundesratspräsident einen Kranz nieder. Der Chef des Bundeskanzleramtes, Dr. Thomas de Maizière sprach zum Gedenken an den Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft in der Gedenkstätte Plötzensee vor der ehemaligen Hinrichtungshalle, wo am Vormittag der ökumenische Gottesdienst stattgefunden hatte.

Das Plenum – anwesend waren u.a. der Bundesratspräsident und der Regierende Bürgermeister von Berlin – wurde zunächst erinnert an die vielen verschiedenen Arten des Widerstandes gegen ein menschenverachtendes Regime, daran, dass es nicht nur adelige Offiziere waren, die ihren Eid brachen, um den alle bisherigen Horrorszenarien sprengenden Wahnsinn zu beenden. Widerstandskämpfer kamen aus allen Schichten. Aber wichtiger ist es, an sie zu erinnern, um unser Gedächtnis wach zu halten, damit wir dafür sorgen können, dass solches nie wieder geschieht, wir, die wir nicht nur einen Raum brauchen, um trauern zu können, sondern die wir auch verantwortlich sind für die Zukunft. Hierfür sind sie wichtig,

die „Orte, Stunden und Worte des Gedenkens“. De Maizière ehrt die Helden des 20. Juli, das Attentat bezeichnet er als „moralisch erfolgreich“, auch wenn es militärisch scheiterte. Uns, den Staatsbürgern der heutigen Demokratie, gibt er vier Lehren mit auf den Weg (s. Redeauszug Seite ...). Der 20. Juli muss Teil des kollektiven Gedenkens des deutschen Volkes bleiben, in seiner Tragik zeugt das Ereignis auch von einer Größe, die es weiterhin zu ehren gilt und auf die unser Land stolz sein kann.

Auch die Verteidigung der Rekruten der Armee des demokratischen Deutschland steht im Zeichen des Attentates von 1944 für Freiheit und Recht. Hervorgehoben wurde die

Bedeutung des Feierlichen Gelöbnisses dieses Jahr durch eine Rede von Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl, dem im Jahre 1990 alternativlosen Kanzler der Wiedervereinigung.

In seiner bewegenden Rede erinnerte ein von schwerer Krankheit sichtlich gezeichneter Helmut Kohl an die Helden des Attentats, richtete im Angesicht der jungen Soldaten aber vor allem das Wort an sie, die Verantwortlichen der Zukunft. Selbstverständlich sei die Demokratie für diese, die in ihr aufwachsen, nicht aber selbstverständlich ist es, sie zu erhalten. Und das verlangt auch die

Tapferkeit der Soldaten einer wehrhaften Demokratie. Hierbei sei es besonders wichtig, wie vorher schon de Maiziere mahnte, das Bewusstsein für Unrecht zu schärfen. Gerade die Männer des 20. Juli bewiesen ja, dass im Falle des zum Himmel schreienden Unrechts ein Eid gebrochen werden darf und muss. Dass in diesem Falle die Moral über allen Schwüren, damals auf den „Führer“, stehen muss. Kohls Mahnung ist eine bewegende, ohne moralischen Zeigefinger. Nicht nur für die angehenden Soldaten waren das Gelöbnis und das damit verbundene Ge-

denken ein Erlebnis, welches sie sicherlich nicht vergessen werden. Auch den anderen Anwesenden, die an den außergewöhnlichen Feierstunden teilhaben durften, wird dieser Gedenktag unvergessen bleiben, nicht zuletzt ob des vielleicht letzten öffentlichen Auftritts eines Mannes, der ein Teil der demokratischen Geschichte unseres Landes ist. Die Feierlichkeiten des 20. Juli in Berlin haben einmal mehr einen außergewöhnlichen Rahmen für Gedenken, Mahnung, aber auch Hoffnung für die Zukunft bewiesen.

Eva Winkelmeier

Bundesminister Dr. Thomas de Maizière

Chef des Bundeskanzleramts

Auszug aus der Ansprache im Rahmen der Feierstunde der Bundesregierung zum Gedenken an den Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft am 20. Juli 2007 in der Gedenkstätte Plötzensee

Die Überlegungen für eine politische Ordnung nach dem Umsturz waren unterschiedlich und selbst innerhalb des Lagers der nationalkonservativen Hitler-Gegner widersprüchlich. Einig war man sich aber in einem: Die Gewaltherrschaft sollte beendet werden. Die Herrschaft des Rechts sollte an ihre Stelle treten. Außerdem sollte eine umfassende Neugestaltung des politischen und sozialen Lebens erfolgen.

Das langsame Entstehen des so folgenschweren Handlungsentschlusses lässt die Gewissenhaftigkeit und die Gewissensqual erahnen, mit der die Tat immer wieder erwogen, verworfen und überdacht wurde. Mit Stauffenberg trat 1943 ein zum Handeln entschlossener Mann zum Kreis der militärischen Opposition hinzu. Er war davon überzeugt, dass die soldatischen Pflichtenbindungen nicht um jeden Preis gelten konnten und ihrerseits einen rechtschaffenen Staat voraussetzen. Mit diesem Gefühl war er bereit, seinen Eid zu brechen – für ein schnelles Kriegsende und um weitere Opfer zu vermeiden.

Es ging aber auch darum, der Welt das Aufbegehren eines anderen Deutschlands gegen das Hitler-Re-

gime zu zeigen. Obwohl das Attentat militärisch und politisch scheiterte, war es moralisch erfolgreich. Mit dem Attentatsversuch wurde dieses Signal am 20. Juli 1944 erfolgreich gesetzt und wirkt bis heute.

Welche Lehren können wir für die Zukunft aus dieser Erfahrung des 20. Juli 1944 ziehen?

1. Unser Gedenken an den Widerstand, mehr als 60 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs, erfolgt in einem demokratischen Rechtsstaat. Meinungs-, Bekenntnis-, Wahl- und Versammlungsfreiheit ermöglichen heute den rechtzeitigen, geordneten und friedlichen Widerspruch gegen Unrecht. Menschenwürde und Menschenrechte sind die Fundamente unseres Staates. Widerspruch ist Teil der demokratischen Ordnung. „Widerstand“ ist deshalb nicht nötig und nicht demokratisch legitim, solange Widerspruch rechtsstaatlich garantiert und praktisch umsetzbar ist.
2. Ich meine, unsere Lehre für die Zukunft sollte auch sein: Wir müssen unseren Blick schärfen

für Unterschiede und für den Umgang mit der Sprache. Schärfen wir unseren Blick, damit der Begriff „Widerstand“ nicht inflationär für jeden kritischen demokratischen Diskussionsprozess oder die Geltendmachung eigener Ansprüche missbraucht wird. Denn „Widerstand“ ist viel mehr. Unser Grundgesetz appelliert mit dem „Widerstandsrecht“ in Artikel 20 Absatz 4 an die politische Mitverantwortung aller Bürgerinnen und Bürger, wachsam gegenüber Angriffen auf die demokratische Verfassungsordnung zu sein. Widerstand aber setzt „Herrschaftsverwirkung“ voraus. Erst dann kann eine existenzielle Ausnahmesituation bestehen, in der „Widerstand“ legitimierbar ist. Erst wenn der Staat den Boden des Rechts verlässt, wenn er die Institutionen systematisch aushöhlt, die Recht, Demokratie und Freiheit garantieren, erst dann kann eine verantwortliche Gewissensinstanz zum Zuge kommen, die zu „Widerstand“ aufruft. Eine echte Gewissensentscheidung ist kostbar. Sie kommt sicher nur ein paar Mal im Leben vor, wenn überhaupt. Sie sollte nicht in „kleiner Münze“ gehandelt werden. Nicht jede schwierige Entscheidung ist schon eine Gewissensentscheidung.

3. Während des Hitler-Regimes verlangte der Entschluss zum demokratischen Widerstand im Namen des Rechts die Bereitschaft, den denkbar höchsten Preis zu zahlen. Neben gesellschaftlicher und sozialer Isolation ging es um nicht

weniger als um die Bereitschaft, das eigene Leben zu opfern. Bei nicht vielen Menschen war damals solche Charakterstärke und Entschlossenheit zu finden. Diesen Menschen gebührt unsere Anerkennung und unser Gedenken. Wenn heute Widerspruch gegen Obrigkeit erfolgt, dann geschieht das dagegen mit dem – durchaus berechtigten – Verständnis des Bürgers, dass er wegen seines Widerspruchs keine Nachteile erdulden muss oder darf. Und Widerspruch bei allen Themen der öffentlichen Diskussion muss heute seinerseits demokratisch

und friedlich bleiben. Gewalt ist in unserem Staat nicht nötig, um sich und seinen Positionen Gehör zu verschaffen. Sie ist nicht erlaubt und auch nicht als eine Art von „Widerstand“ gerechtfertigt, weil in unserem rechtsstaatlichen System die Grundrechtsausübung auf die normale – nämlich die friedliche – Weise möglich ist.

4. Mit scharfem Blick sollten wir auch unsere eigenen Handlungsmotive betrachten. Wir können aus dem 20. Juli 1944 lernen, dass es eine Instanz gibt, die stär-

ker sein kann als alle Zwänge, wenn eine politische Führung rechtsstaatliche Werte verwirft und so zur „verbrecherischen Führung“ wird. Das verantwortliche Gewissen und die Fähigkeit, zwischen Recht und Unrecht, Menschlichkeit und Barbarei zu unterscheiden, muss letztlich der Maßstab unseres Handelns sein. Wir Deutsche müssen uns die Kenntnis und das Gespür für Recht und Unrecht besonders bewahren. Das ist eine Verpflichtung gegenüber den Frauen und Männern des 20. Juli.

Mitgliederversammlung des ZDWV

Am 18. Juli fand in Berlin die Mitgliederversammlung (Mitglieder sind die im Dachverband zusammengeschlossenen Einzelverbände) des *Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen* statt.

Ein inhaltlicher Schwerpunkt war die Übernahme eines Vorschlags des bayerischen Mitgliedsverbandes, *Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) e.V.*, den 17. Juni 1953 zum offiziellen Gedenktag aller Deutschen zu erheben. „Der Arbeiter- bzw. Volksaufstand des 17. Juni 1953 weist bereits auf das Jahr 1989 hin und ist ein wichtiges Datum deutscher demokratischer Freiheitstradition“, begründete Hans Marquardt, Chef des stärksten der Mitgliedsverbände, *Bund Demokratischer Widerstandskämpfer und Verfolgter (BDWV) NRW*, seine Aufforderung, dem bayerischen Vorschlag zu folgen, was darauf hin auch einmütig geschah.

Die nach der Satzung terminlich fälligen Vorstandswahlen gingen unter der routinierten Leitung des früheren Vizepräsidenten des Landtages von Nordrhein-Westfalen, Dr. Hans-Ulrich Klose, zügig über die Bühne. Zum sechsten Mal wurde die seit



Die Vorsitzende des ZDWV,
Dr. h.c. Annemarie Renger und

der übrige gewählte Vorstand
(Bild unten):

Vordere Reihe v.l.: Maria Banser,
Dr. Nikoline Hansen, Dr. Waltraud
Rehfeld,
hintere Reihe v.l.: Dr. Ernst Raim,
Dr. Reinhold Lofy, Christel Jansen,
Hans Marquardt, Dr. Hans-Jürgen
Grasemann

Foto: Peter Bierganns



Mitgliederversammlung des ZDWV

bald zwei Jahrzehnten das Profil des ZDWV prägende frühere Bundestagspräsidentin, Dr. h.c. Annemarie Renger, als Vorsitzende bestätigt. Einmütig erfolgte auch die Wiederwahl bisheriger Vorstandsmitglieder. Neu in der Vorstandsrunde: der Braunschweiger Oberstaatsanwalt Dr. Hans-Jürgen Grasemann (s. auch „Neu im ZDWV-Vorstand“, Seite 11).

Wie so häufig bei entsprechenden Treffen fanden die interessantesten Gespräche außerhalb der offiziellen Sitzungen und Tagesordnungen statt. Dabei ergaben sich am 20. Juli auch etliche Beitritte zu verschiedenen Mitgliedsverbänden des ZDWV, darunter Horst Schüler, Vorsitzender der Lagergemeinschaft Workuta/GULag, Rainer Wagner, Vorsitzender der UOKG sowie drei Jugendliche aus dem Raum Köln-

Bonn (Bild Seite 11). Eher spontan ergab sich ein lebhaftes Gespräch zwischen einer Gruppe von Schülerinnen, die gerade die Gedenkstätte Deutscher Widerstand besuchte und dem Vorstandsmitglied des ZDWV, Dr. Reinhold Lofy, der aus seinem Erfahrungsschatz im militärischen Widerstand gegen die Nazis und seiner doppelten Verfolgung in beiden deutschen Diktaturen berichten konnte.



Neumitglied beim ZDWV: Rainer Wagner, Vorsitzender der UOKG, im Gespräch mit Dr. Reinhold Lofy, Verfolgter unter beiden Diktaturen und Vorstandsmitglied des ZDWV
Foto: Peter Bierganns

Dr. Reinhold Lofy im Gespräch mit Schülerinnen
Foto: Peter Bierganns



„Abläufe gelungen“, Herta Schmidt, Mitarbeiterin von Annemarie Renger, kurz vor dem Ende eines langen Konferenztages, 1. Reihe Mitte. Rechts dahinter: Michael Franz, Geschäftsführer des mitgliederstarken BDWV in Nordrhein-Westfalen
Foto: Peter Bierganns

Neumitglied beim ZDWV: Horst Schüler, Vorsitzender der Lagergemeinschaft Workuta/GULag, Ehrenvorsitzender der UOKG, mit Ehefrau
Foto: Peter Bierganns



Neu im ZDWV-Vorstand

Dr. Hans-Jürgen Grasmann wurde am 19. August 1946 in Hannover geboren. Er studierte Rechtswissenschaften an der Universität Göttingen. Von 1970 bis 1975 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter und Dozent an der Ost-Akademie Lüneburg (Referat „DDR und innerdeutsche Beziehungen“). 1973 promovierte er mit einer Dissertation aus dem DDR-Verfassungsrecht an der Juristischen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen. 1976/77 war er am Landgericht Bauschweig als Richter tätig. Der Wechsel zur Staatsanwaltschaft erfolgte 1978. Er war viele Jahre Pressesprecher der Staatsanwaltschaft Braunschweig und von 1988 bis 1994 zugleich als stellv. Leiter der Zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter deren Sprecher. Seit 1994 ist er als Oberstaatsanwalt Abteilungsleiter in der Strafverfolgungsbehörde und in der Ausbildung des juristischen Nachwuchses als Vorsitzender von Prüfungsausschüssen im Zweiten Juristischen Staatsexamen tätig.

Seit über 40 Jahren ist der mit Ehefrau Angelika verheiratete Grasmann in der politischen und staatsbürgerlichen Bildungsarbeit engagiert und mit 60 Veröffentlichungen vertreten. Er ist jetzt 38 Jahre Mitglied der SPD und seit 2006 Vorsitzender des Trägervereins der Politischen Bildungsstätte Helmstedt e.V., einer Heimvolkshochschule. Am 18. Juli 2007 wurde er in den Vorstand des *Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen (ZDWV)* gewählt.

Gespräch mit John Tabatt, 16

Als neues Mitglied im Bund Demokratischer Widerstandskämpfer und Verfolgter, Nordrhein-Westfalen konnte Vorsitzender Hans Marquardt am 20. Juli den im Rheinland lebenden Schüler John Tabatt (Foto unten) in Berlin begrüßen. Der nach dem Fall der Berliner Mauer geborene junge Mann ist damit das jüngste Mitglied aller dem ZDWV angeschlossenen Verbände. Wir sprachen mit ihm.

FREIHEIT UND RECHT: Willkommen im Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen, John. Wie kommt ein 16-Jähriger dazu, einem solchen Verband beizutreten?

John Tabatt: Angeregt durch meinen Vater habe ich mich schon in der Schule und außerhalb für den Weltkrieg und das Naziregime interessiert. Dabei bin ich auf die Vertreter des Widerstandes gestoßen. Es hat mir sehr imponiert, mit welchem Einsatz die Widerstandskämpfer – auch schon vor 1933 – gegen die Nazis und für die Demokratie gekämpft haben. Das sollte die Jugend heute auch gegen die NPD tun.



Neumitglied John Tabatt im Gespräch mit Dr. Reinhold Lofy
Foto: Peter Bierganns

Und da will ich durch meinen Beitritt zum BDWV in NRW, bewusst am heutigen 20. Juli, mitmachen.

Haben Dich auch bestimmte Personen beeindruckt?

Herr Marquardt hat mir Sachen erzählt, da würden sogar unsere Geschichtslehrer mit den Ohren schlackern. Bei uns am Rhein waren die Leute eben weit weg von der Berliner Mauer und den Zuchthäusern in der DDR. Und heute habe ich mit Herrn Dr. Lofy aus Trier gesprochen, er war mit 19, 20 Jahren im militärischen Widerstand gegen die Nazis und ist knapp mit dem Leben davon gekommen. Sie kennen ihn?

Na, und ob. Unsere Zeitschrift hat mehrfach berichtet. Wer stellt hier eigentlich die Fragen?

John muss lachen, fährt dann aber fort: Solchen Leuten zu begegnen, das hätte ich mir vorher nicht träumen lassen. Es war ziemlich viel in diesen drei Tagen in Berlin. Zu Hause muss ich das erst mal alles irgendwie ordnen. Aber der Gipfel war ein früheres Gespräch mit Frau Annemarie Renger in Bonn. Mein Vater hatte



Hans Marquardt, Chef des BDWV/NRW im ZDWV, präsentiert Neumitglieder v.l. Vincent Weiß, Ines Müller, John Tabatt
Foto: Peter Bierganns

mich da mitgenommen. Als ich ihr von mir erzählt hatte, von meinem Geschichtsinteresse und meiner Mitarbeit als Sanitäter im DRK, wurde sie ganz direkt und sagte, ich solle mich doch auch politisch engagieren. Sie erzählte von der DVD, die Werner Müller gerade über das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ produzierte, und lud mich zur Mitarbeit im ZDWV ein. Und nun bin ich hier.

„Hitler, Stalin und die Deutschen“

Unter diesem Titel wird der Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) auf seiner diesjährigen Mitgliederversammlung in München die in der Bundesrepublik geführte Auseinandersetzung über Vergleichbarkeit und Verzahnung der beiden Diktaturen des 20. Jahrhunderts und ihre komplizierten Folgewirkungen diskutieren.

Zum einleitenden Vortrag ist Oberstaatsanwalt Dr. Hans-Jürgen Grasemann aus Braunschweig, seit diesem Sommer Mitglied des Vorstandes des ZDWV (Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen), eingeladen.

Auf der Versammlung wird auch der Vorstand des BWV-Bayern neu gewählt. Der bisherige Vorsitzende und frühere Landtagsvizepräsident Bertold Kamm hat seine Bereitschaft zur erneuten Kandidatur ebenso erklärt wie die meisten Vorstandsmitglieder.

Termin: Samstag, 6. Oktober 2007, 15.00 Uhr

München, das Tagungsort wird rechtzeitig mitgeteilt

Wir sind das Volk

Stetiges Bohren an der Mauer: Fakten, Umwege, Hintergründiges

*Interview mit dem Politologen und Historiker
Waldemar Ritter*

FREIHEIT UND RECHT: Herr Ritter, die Redaktion hat Sie gebeten, auch einmal aus dem Nähkästchen zu plaudern; doch zunächst: Auf Wunsch Herbert Wehners wurden Sie 1967 im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen der jüngste Leiter eines Grundsatz- und Planungsreferats der Bundesregierung. Mit welchen Vorstellungen gingen Sie ans Werk?

Ritter: Es ging im Kern um Selbstbestimmung und Freiheit in ganz Deutschland und im gesamten Europa. Eines war mir klar: Weg und Ziel zu Frieden, Freiheit und Demokratie sind die Wiedervereinigung Deutschlands und die Wiedervereinigung Europas. Das dunkelste Jahrhundert der Menschheit war damals noch nicht zu Ende.

Sie haben bereits 1969 den Inhalt des Briefes zur deutschen Einheit vorformuliert, den Brief, der Bestandteil der Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung wurde.

Ritter: ..., auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.

Was bedeutete das in der Situation des Kalten Krieges, es gab den Eisernen Vorhang, es gab Mauer und Stacheldraht – war das realistisch, was bedeutete das praktisch und politisch?

Ritter: Ja, die Sowjetunion hatte die Aufstände und Revolutionen am 17. Juni 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn und 1968 in der CSSR militärisch niedergeschlagen. Die Auf-



Dr. Waldemar Ritter, Ministerialdirigent a.D., wirkt heute mit einer Vielzahl von Zeitschriftenbeiträgen, Interviews und Büchern als wissenschaftlicher Publizist zur Zeitgeschichte der Deutschlandfrage. 1967 trat er beim damals zuständigen Minister Herbert Wehner ins Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (später innerdeutsche Beziehungen) ein. Ab der Wiedervereinigung war er in der zuständigen Abteilung des Innern für die nationalen Kulturangelegenheiten verantwortlich.
Foto: UR

stände in Polen folgten 1970/76 und 80/81. Angesichts einer solchen Lage durften wir nicht auf einem Bahnsteig warten, wo längst keine Züge mehr fuhren. Es war ein Fußmarsch mit Höhen und Tiefen, der einen langen Atem erforderte. Im Brief zur Deutschen Einheit haben wir auch der Sowjetunion und der DDR gegenüber unseren Weg und unser Ziel beschrieben. Es gab allerdings auch Weggenossen, denen die Luft ausging, die notwendige Umwege mit falschen Wegweisern verwechselten und das Ziel aus den Augen verloren, oder aus ganz anderen Gründen aus dem Tritt kamen.

Was meinen Sie damit?

Ritter: Bei der neuen Deutschland- und Ostpolitik ging es darum, von den schrecklichen Realitäten auszugehen, um sie mit einer Politik der „kleinen Schritte“ zu verändern. Es ging darum, weiter zu gehen, wo andere aufgaben. Nach Helsinki 1975 und besonders sichtbar im Zusammenhang mit dem NATO-Doppelbeschluss – Bundeskanzler Helmut Schmidt hatte 1982 keine Mehrheit mehr in seiner Partei – gab es die kleinen Metternichkopien, die mit dem status quo im Osten zufrieden waren.

An wen denken Sie, wenn Sie von den kleinen Metternichs sprechen?

Ritter: Günter Gaus und Oskar Lafontaine gehörten zu ihnen ebenso wie in manchen Phasen Egon Bahr. Da werden im Nachhinein zwar viele Nebelkerzen geworfen, aber sehen Sie mal in die Archive oder lesen Sie nur die Zeitungen von damals, wie diese Politiker die Lage bis 1989 falsch eingeschätzt haben. Egon Bahr hat noch zu einer Zeit, als in Leipzig die Kerzen der Revolution bereits zu brennen begannen und die Breschnew-Doktrin schon längst nicht mehr existierte, noch sechs Wochen vor dem Mauerfall gesagt: „Lasst uns um alles in der Welt aufhören, von der Einheit zu träumen oder zu schwätzen.“ Ihn übertraf Lafontaine, dem der SPD-Parteivorsitzende Jochen Vogel noch sechs Wochen nach dem Mauerfall vorwarf: „Die bauen Mauern ab, und Du versuchst sie aufzurichten.“ Das entsprach im übrigen der kurz zuvor von Gregor Gysi vertretenen Meinung, der am 10. 12. 1989 die Beseitigung der innerdeutschen Grenze als eine „große Gefahr für die Sta-

bilität auf dem europäischen Kontinent“ bezeichnet hat.

Was halten Sie von dem bis heute wiederholten Hinweis, die Revolution in der DDR und der Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ hatte niemand vorher sehen können?

Ritter: Das haben vor allem Politiker, auch Medien und Wissenschaftler, zu ihrem Selbstschutz gesagt, weil die meisten von ihnen im festgefahrenen Denken verharrten und die reale Situation in der Sowjetunion, in den Ostblockstaaten, besonders in der DDR tatsächlich nicht erkannt, jedenfalls falsch beurteilt hatten. Da waren einige nicht bereit, einmal durch die Nebenstraßen der Schönhauser Allee zu gehen. Was nicht sein kann, dass nicht sein darf und umgekehrt. Diejenigen, die das „Wunschdenken“ anderer heftig kritisiert hatten, haben sich bei näherer Betrachtung oder nur bei unvorteilhafter Beleuchtung selbst als die Träger solchen Denkens erwiesen. Es gab nicht viele, aber immerhin einige Leute in Kultur, Wissenschaft und Politik, die das anders gesehen und gesagt haben. Leider hat auch unsere veröffentlichte Meinung diesen Analysten wenig Raum gegeben.

Wer hat denn Ihrer Meinung nach die Revolution in der DDR zum Erfolg gebracht?

Ritter: Das Volk hat seinen Namen gerufen: „Wir sind das Volk“, zuerst in Leipzig und dann in der gesamten DDR, zuerst „Wir sind das Volk“, das hieß Bürgerfreiheit, und dann „Wir sind ein Volk“, das bedeutete Wiedervereinigung. Das Volk hat beides durchgesetzt. Die Politik war nur Notariat, Beglaubigungsbehörde und Erfüllungsgehilfe. Wichtig war unser Grundgesetz, das dem Volkswillen entsprach.

Und die Reaktionen westdeutscher Politiker? Sie Selbst haben damals als einziger auf dem großen deutschlandpolitischen wissenschaftlichen Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung Lafontaine wegen dessen Fehleinschätzung der Lage, der falschen Analyse, und der Verwechslung von Staatsangehörigkeit und Selbstbestimmung des Volkes von Angesicht zu Angesicht grundsätzlich und politisch widersprochen.

Ritter: Ja, das stimmt, Lafontaines Rolle war und blieb erbärmlich, auch weil er sich 1989 und 1990 nahezu jeden Monat revidieren musste. Sein Demokratie- und Nationbegriff passten weder theoretisch noch praktisch zueinander. Aber auch viele andere in der Politik waren völlig überrascht und hatten keine der üblich abrufbaren Schablonen in ihrem persönlichen Zettelkasten. Außer politischen Schwergewichten, wie Helmut Kohl, Willy Brandt, Wolfgang Schäuble und Hans Dietrich Genscher, die schon vorher oder wieder auf die richtigen Leute hörten, war nicht viel zu sehen. Sehr gute und kreative Beiträge kamen zum Erstaunen manch westdeutscher Zeitgenossen aus der jetzt freigewählten Volkskammer der DDR.

Sie haben 1989/90 nicht nur agiert, sondern sind auch beeinflusst worden?

Ritter: Ja. 1989/90 war das schönste und aufregendste Jahr meines Lebens. Demokratie eins zu eins, also pur und zum anfassen: Vor allem mehr als ein ganzes Jahr lang zu erleben, wie weit die Menschen in ganz Deutschland der Politik voraus waren, und dass das Volk den Takt und die Richtung der innerdeutschen und internationalen Politik bestimmt und in ihren beiden Hauptzielen ohne Abstriche durchgesetzt hat.

Es gibt offensichtlich in Ost und West noch immer Leute, die das bis heute so nicht wahrhaben wollen oder verdrängen.

Ritter: Ja, das sind dieselben, die schon vor der Wiedervereinigung unter Realitätsverlust gelitten haben, oder etwas ganz anderes wollten und sich mit ihren politischen Lebenslügen nicht auseinander setzen. Am liebsten möchten sie auch noch im Nachhinein den Ostdeutschen die Revolution nicht gönnen, obwohl – oder weil? – dies die einzige erfolgreiche Revolution der deutschen Geschichte war.

Aber das wurde schon in der Restauration nach der Französischen Revolution so versucht. Wir haben es hier mit Leuten zu tun, die sich für links halten, im Grunde jedoch struktur-konservativ oder reaktionär sind.

Gab es nicht auch andere Faktoren, die die Revolution begünstigt haben?

Ritter: Ja natürlich. Gelingende Revolutionen sind immer auch günstigen Umständen zu verdanken. Der kaum zu schildernde geistig-moralische Niedergang, die katastrophale ökonomische und soziale Situation in der Sowjetunion und in der DDR. Glasnost, die Perestroika Gorbatschows, die Eindeutigkeit der USA, unser Grundgesetz, die Anziehungskraft der Bundesrepublik und die europäische Dimension. Ohne den europäischen Einigungsprozess wäre die deutsche Einheit nicht möglich geworden. Die Freiheit und Einheit Deutschlands und Europas sind zwei Seiten derselben Medaille.

Brauchen wir eine wahrhaftige Erinnerungskultur?

Ritter: Die Wiedervereinigung in Freiheit war mehr als die Wiedervereinigung Deutschlands. Sie hat das dunkelste Kapitel Europas geschlossen. Das prägende Jahrhundertereignis der deutschen und europäischen Geschichte war der Fall der Mauer. Das Volk wollte von Anfang an nicht mehr, die SED-Diktatur konnte jetzt nicht mehr. Der Kommunismus, der „real existierende Sozialismus“, implodierten. Die Sowjetunion und der gesamte „Ostblock“ brachen zusammen; mit grundlegenden und anhaltenden Folgen auch für die Weltpolitik. So viel Anfang war nie! Es ist Zeit und eine Frage unseres demokratischen Selbstverständnisses, dass der im Jahre 2009 bevorste-

hende Jahrestag der friedlichen Revolution in der DDR für uns alle Anlass und Aufforderung sein sollte, ein Denkmal für Einheit in Freiheit zu errichten, ein Denkmal auch der Art nach für etwas Neues in Deutschland und Europa, wie das der frühere Vorsitzende der SDP-Fraktion der freigewählten Volkskammer, Richard Schröder und eine parteiübergreifende Initiative seit 1998 angeregt haben.

Was wollen wir unseren Kindern und Jugendlichen erzählen, die die Jahre 1989 und 1990 nicht erlebt haben?

Ritter: Die Wahrheit! Was gäbe es Treffenderes für die demokratische Zukunft unseres Landes, als dass unsere Schüler lernen und nie vergessen: „Wir sind das Volk“!

Neuerscheinungen

Klaus Faber/Julius H. Schoeps/Sacha Stawski (Hrsg.):

Neu-alter Judenhass

Antisemitismus, arabisch-israelischer Konflikt und europäische Politik

Berlin, 2. Auflage, 2007

(Verlag für Berlin-Brandenburg), 432 S., 24,90 €

Antisemitische und nichtantisemitische Motive der Israel-Kritik

Antisemitismus äußert sich heute nicht mehr primär über Vorwürfe des „Gottesmordes“ oder der „Rassenschande“. Vielmehr bietet die Kritik am Staat Israel und seiner Rolle im Nahost-Konflikt den inhaltlichen Bezugsrahmen für einen „Neuen Antisemitismus“. Dessen ideologische Grundlage besteht allerdings in jenen alten Vorurteilen, welche lediglich im neuen Gewand auftreten. Diesem Thema widmet sich der Sammelband „Neu-alter Judenhass. Antisemitismus, arabisch-israelischer Konflikt und europäische Politik“, der von Klaus Faber, Julius H. Schoeps und Sacha Stawski im Auftrag des Moses-Mendelssohn-Zentrums an der Universität Potsdam herausgegeben wurde. Er enthält 29 Aufsätze von Journalisten (z.B. Philipp Gessler), NGO-Vertretern (z.B. Anetta Kahane), Politikern (z.B. Cem Özdemir), Publizisten (z.B. Matthias Küntzel) und Wissenschaftlern (z.B. Bassam Tibi) unterschiedlicher Glaubensrichtung und Herkunft.

Aufgeteilt wurden die Texte in drei größere Kapitel: Zunächst geht es unter der Überschrift „Deutsche Medien und der Nahostkonflikt“ um antisemitische Bestandteile in der israelkritischen Presseberichterstattung, wobei die Auseinandersetzung vor allem anhand der einseitigen Kommentierung und Schwerpunktsetzung durch Journalisten und Politiker erfolgt. Dem folgen Beiträge unter dem Titel „Islamischer Antisemitismus in Nahost und Europa“, bezogen auf jüdenfeindliche Auffassungen unter Muslimen in ihren Herkunftsländern wie in Europa. Und schließlich findet man unter dem Stichwort „Perspektiven“ Beiträge zur Bekämpfung des Antisemitismus durch die EU, die OSZE und die Zivilgesellschaft. Die Texte unterscheiden sich in Länge und Qualität, stehen doch wissenschaftlichen Aufsätzen knappe Statements gegenüber.

Da es sich um einen Sammelband mit unterschiedlichen Autoren und Themen handelt, kann von einem einheitlichen Ergebnis der Veröffentlichung nicht gesprochen werden. Die meisten Texte vertreten allerdings die Auffassung, dass sich der gegenwärtige Antisemitismus hauptsächlich aus dem Nahost-Konflikt speise und in der damit verbundenen Israel-Kritik offen oder verdeckt antisemitische Einstellungen zum Ausdruck kämen. Exemplarisch dafür steht der Beitrag von Yves Pallade, worin der Leiter des Deutschen Orient-Instituts Udo Steinbach aufgrund seiner behaupteten Gemeinsamkeiten des Lebens der Juden im Warschauer Ghetto mit dem der Palästinenser in ihren Lagern in Richtung eines „sekundären Antisemitismus“ verortet wurde. Steinbach

nutze, so der Autor, den Nahen Osten als Projektionsfläche zur Entlastung der eigenen deutschen Vergangenheit durch die Verharmlosung der Naziverbrechen und die Schuldprojektion auf die Opfer und ihre Nachkommen.

Aufgrund der Unterschiede in Methoden, Qualität und Themen der einzelnen Beiträge lässt sich der Sammelband nur schwer allgemein beurteilen. Nicht wenige Autoren sehen in der Israel-Kritik einen zumindest latenten Antisemitismus angelegt und begründen dies gut belegt und sachlich aufgearbeitet. Manche Texte zeigen sich allerdings allzu einseitig von solchen Deutungen geprägt, etwa der Aufsatz von Tobias Kaufmann zu den sicherlich überzogenen Kommentaren von Norbert Blüm oder der Beitrag von Rolf Behrens über die Israel-Berichterstattung des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“. Weit aus differenzierter urteilt Sacha Stawski: Nach dessen Urteil seien die deutschen Medien nicht antisemitisch, gleichwohl fänden sich in deren Berichterstattung Tendenzen, welche bei den Lesern gewisse Klischees bestätigten.

Sicherlich lässt sich hinter mancher Israel-Kritik eine antisemitische Motivation ausmachen, gleichwohl ist dies nicht immer der Fall. Es bedarf einer Unterscheidung zwischen antisemitischer und nicht-antisemitischer Israel-Kritik, woran es in manchen Beiträgen des Sammelbandes mangelt. Hier hätten stärker die ideologische Grundlage für die jeweils analysierten Ausführungen herausgearbeitet und nachgewiesen werden müssen. Jede dramatisierende und einseitige Kommentierung der Politik Israels verdient um der Sache willen Kritik, nicht jede dramatisierende und einseitige Kommentierung der Politik Israels muss aber antisemitisch motiviert sein.

Armin Pfahl-Traugher

Yaacov Lozowick:

Israels Existenzkampf

Eine moralische Verteidigung seiner Kriege

Hamburg 2006, 340 S., 19,90 €

Eine Streitschrift gegen einen bedenklichen Trend

Irgendwann in den letzten Jahren wandelte sich die Einstellung in Medien und Öffentlichkeit von einer pro-israelischen zu einer israel-kritischen Ausrichtung. Durchaus angemessene und diskussionswürdige Einwände gegen die Politik Tel Avivs ignorierten dabei nicht selten die Sicherheitsinteressen des Staates Israel und dessen Bedrohung von den unterschiedlichsten Seiten. Gegen eine damit verbundene einseitige Sicht des Nahost-Konflikts wendet sich der Historiker Yaacov Lozowick, Archivdirektor der israelischen Holo-

caust-Gedenkstätte Yad Vashem. In seinem Buch „Israels Existenzkampf. Eine moralische Verteidigung seiner Kriege“ schreibt er bereits im Vorwort: „Israel kann sich nicht darauf festlegen, niemals mehr Krieg zu führen, da sich seine Feinde bereits für Krieg entscheiden haben.“ Und weiter: „Die Entscheidung, jüdische Kinder nicht zu beschützen mit dem Ziel, keine anderen Kinder zu verletzen, ist unmoralisch“ (S. 8f.). Diese Ausführungen und der Buchtitel machen deutlich: Der Autor will keine differenzierte und nüchterne Studie zum Nahost-Konflikt vorlegen, sondern versteht sein Werk als intellektuelle und moralische Legitimation der Politik Israels.

Dessen Geschichte von den Anfängen des Zionismus über die Staatsgründung und den Sieben-Tage-Krieg bis zur Zeit der Intifada zieht sich durch die zehn Hauptkapitel des Buches. Dabei verweist der Autor immer wieder auf die existentielle Bedrohung: „Israel ist ein winziges Land, das jahrzehntelang von Feinden umgeben war, die versucht haben, es zu zerstören“ (S. 162): Und für die Gegenwart konstatiert er: „In der gesamten islamischen Welt, von Pakistan bis Marokko, haben Millionen von Menschen nichts anderes im Sinn als lauthals den ‘Tod der Juden’ zu fordern“ (S. 19). Gerade diese Rahmensituation gerät mitunter bei manchen Verurteilungen der israelischen Politik in der Öffentlichkeit außer Betracht. Somit liefert Lozowick eine Perspektive, die bei der Darstellung und Kommentierung des Nahost-Konflikts nicht selten fehlt. Diese Einseitigkeit konfrontiert er mit seiner Einseitigkeit. Dabei enthält die Streitschrift des Historikers keineswegs eine platte Apologie. So kritisiert das Buch etwa durchaus die israelische Politik der 1980er Jahre als „Tiefpunkt“ und spricht von einer „nicht zu rechtfertigenden“ Beteiligung am libanesischen Bürgerkrieg in jener Zeit. Auch bei der Kritik an den Apartheid- und Rassismuskritik an Israel neigt Lozowick nicht zur „Schönschreibung“ der Lage der israelischen Araber.

Gleichwohl verdient das Buch auch Kritik, die sich nicht nur an seinem Charakter als Streitschrift ohne genauere Belege in Fußnoten erschöpft. Lozowick hätte die bestehenden Absichten zur Vernichtung des Staates Israel im arabischen und palästinensischen Lager noch weitaus deutlicher herausarbeiten können. Auch die kritische Auseinandersetzung mit anders lautenden Darstellungen zur Geschichte des Nahost-Konfliktes, sei es durch die israelischen „Neuen Historiker“ oder den palästinensischen Wissenschaftler Edward W. Said, hätte ausführlicher und differenzierter erfolgen können. Hinzu kommt, dass die im Untertitel angekündigte „moralische Verteidigung“ von Israels Krieg nur am Rande erfolgt. Sicher, Lozowick ist Historiker und kein Moralphilosoph, gleichwohl darf man hier doch eine stärker differenzierte und systematisierte Auseinandersetzung mit der Legitimation des israelischen Vorgehens erwarten. So gerät das Buch zu großen Teilen zu einer schlichten Nacherzählung der historischen Ereignisse, ab und an angereichert um einschlägige Kommentare. Dass dabei manche historischen Mythen kritisiert werden, ist verdienstvoll. Aber auch hier wären genauere Analysen und Belege wünschenswert gewesen. Kurzum, ein beachtenswertes und reflexionswürdiges Buch mit einigen analytischen Schwächen.

Armin Pfahl-Traugher

Freya Klier:

Matthias Domaschk und der Jenaer Widerstand

herausgegeben vom Bürgerbüro Berlin, Berlin 2007, 143 S., 8,00 €

Die Jenaer „Szene“

Die Filmemacherin und Schriftstellerin Freya Klier, die 1988 die DDR wegen ihrer als oppositionell empfundenen Aktivitäten verlassen musste, hat ein ungewöhnliches Buch geschrieben. Sie schildert mit viel Einfühlungsvermögen das Aufbegehren Jenaer Jugendlicher in den siebziger und achtziger Jahren. Im Mittelpunkt steht der 1981 unter ungeklärten Umständen verstorbene Matthias Domaschk, der im Juni 2007 fünfzig Jahre alt geworden wäre.

Die anschaulich bebilderte Fibel läßt Freunde von Domaschk immer wieder ausführlich zu Wort kommen, so etwa die Freundin Renate Groß, so Peter Rösch, seinen besten Freund, so Roland Jahn, der nach dem Tode von Domaschk seine oppositionelle Tätigkeit intensivierte. Freya Klier fängt gut den muffig-grauen Lebensalltag ein, gegen den Jugendliche aufbegehrten. In Thüringen entsteht unter dem Pastor Walter Schilling Anfang der siebziger Jahre die „Offene Arbeit“. Mit „Offenheit“ ist gemeint, dass nicht nur die Mitglieder der Jungen Gemeinde zusammenkommen, sondern auch gesellschaftliche Außenseiter wie Wehrdienstverweigerer. „Arbeit“ bezieht sich u.a. auf soziale Projekte. Der Jugend-Diakon Thomas Auerbach ist der Kopf dieser Aktivitäten in Jena. Peter Rösch schildert seine damaligen Erfahrungen: „Wir waren Jugendliche mit langen Haaren... Jugendliche, die vom sozialistischen System nicht angenommen wurden. Wir konnten unsere Lebensvorstellungen nicht verwirklichen, nicht einmal darüber diskutieren. Und da war auf einmal die JG [Junge Gemeinde], dort wurde Rockmusik abgespielt, die in der DDR verboten war, wie die Rolling Stones z.B. – auf einem steinalten Röhrentonband übrigens. Über Themen sprachen wir, die im Sozialismus tabu waren, wie z.B. Wehrdienstverweigerung. Wir diskutierten, wie man sich gegen den Rüstungswahn wehren könnte und als Lehrling gegen die vormilitärische Ausbildung.“

Matthias Domaschk wird dank seiner Mutter konfirmiert – gegen den Willen des Vaters, eines SED-Mitglieds. Allmählich wächst er in die aufmüpfige Jenaer „Szene“ hinein. 1975 verliebt sich der gerade 18jährige in die sechs Jahre ältere Vikarin Renate Groß, die von ihm bald ein Kind erwartet.

Die Ausbürgerung Wolf Biermanns im November 1976 führt auch zu einer Protestresolution in der Jenaer „Szene“. Zu den Verhafteten zählt u.a. Matthias Domaschk, dem die Staatssicherheit Angst einzuflößen sucht: „Matthias schweigt bei den Verhören – so, wie er das von Jürgen Fuchs gelernt hat. Was er nicht weiß: Seine kurz vor der Entbindung stehende Freundin wurde nach ein paar Stunden Verhör von der Stasi entlassen. [...] Als er nach etlichen Verhörstunden noch immer

nicht geredet hat, lässt sein Vernehmer draußen ein Tonband laufen, mit Frauenschreien... Diese Schreie kommen aus Richtung des Raumes, in den mittags seine hochschwängere Freundin Renate gesteckt worden war. Was machen sie mit ihr? Kommt das Kind auf die Welt – hier, bei der Stasi? Matthias verliert völlig die Nerven, er bricht innerlich zusammen, fängt an zu reden...“

„Zersetzungsmaßnahmen“ schwächen das Jenaer Protestpotential. Matthias Domaschk kann zwar seine Lehre als Feinmechaniker beenden, doch nicht das Abitur erwerben – vier Wochen vor den mündlichen Prüfungen wird er wegen „gesellschaftlicher Unreife“, wie es heißt, von der Schule verwiesen. Gleichwohl geht Domaschk zur Nationalen Volksarmee, wo der Drill seine Ablehnung gegenüber dem Staat steigert. Er sehnt sich nach seiner Tochter. Die enge Verbindung zur Mutter ist mittlerweile beendet.

Nach der Militärzeit kehrt Matthias Domaschk in seine vertrauten Kreise zurück, obwohl die aufrührerische „Szene“ durch die Biermann-Ausbürgerung ausgedünnt ist, teils freiwillig, teils unfreiwillig. Domaschk bekommt Kontakt zur Solidarność. Auf einer Zugfahrt nach Berlin nimmt die Staatssicherheit ihn und seinen Freund Peter Rösch völlig überraschend fest. Ein Spitzel hatte berichtet, der Sympathisant der polnischen Gewerkschaftsbewegung plane einen Anschlag. Beide werden in das Geraer Gefängnis der Staatssicherheit gebracht und von ihr getrennt verhört. Während Peter Rösch am nächsten Vormittag freikommt, ist Matthias Domaschk tot. Er habe sich an einem Leitungsrohr erhängt.

Die Analyse der Ursache des Todes ist der einzige Schwachpunkt des Buches. Klier hält einen Unfall für möglich, einen Fausthieb des Vernehmers, eine Provokation. Die wahrscheinlichste Variante – Selbstmord – taucht bei ihr nicht auf. Hatte Domaschk die Trennung von der inzwischen im Westen lebenden Mutter seines Kindes nicht verkraftet? War er im Verhör redselig geworden und schämte er sich danach, weil er eine Verpflichtungserklärung für die Staatssicherheit, was Klier nicht erwähnt, unterschrieben hatte? Hatte ihn die Drangsalierung durch die Staatssicherheit zermürbt? Untersuchungen nach der friedlichen Revolution lassen nicht auf ein direktes Verschulden der Staatssicherheit schließen. Ein Prozeß im Jahre 2000 bestraft die Offiziere der Staatssicherheit wegen Freiheitsberaubung zu Geldstrafen. Freya Klier nennt an anderer Stelle selbst ein mögliches Motiv: „Viele der Zurückgebliebenen haben die Erfahrungen mit der brutalen Staatsmacht nicht verkraftet. Und die Zersetzungsmaßnahmen halten an... sie sind perfider geworden. Manch einer hält das Leben gar nicht mehr aus. Für die Zeit zwischen 1977 und 1983 werden die meisten Fälle von Selbstmord im Umfeld der Jenaer Jungen Gemeinde registriert.“

Die Freunde von „Matz“, wie sie ihn nennen, glauben nicht an Selbstmord. Peter Rösch, sein Kumpel, „Hardliner“ in der Szene, leidet nach dessen Tod unter Depressionen und geht bald in den Westen. Ein Jahr nach Domaschks Ableben läßt Roland Jahn Todesanzeigen in die Zeitungen setzen. Er besorgt sich zahlreiche Exemplare, schneidet die Anzeigen aus und klebt sie in großer Anzahl an Lichtmasten. Informationen über diese Aktion gelangen in die Westmedien.

Roland Jahn sitzt wegen anderer Aktionen im Gefängnis, wird zu 22 Monaten Haft verurteilt und dann – aufgrund der Proteste – schnell in den Westen abgeschoben, von wo er als Journalist über die „feindlich-negative Szene“, wie es im Jargon der Staatssicherheit heißt, intensiv berichtet, auch über Matthias Domaschk. Seine Hilfsaktionen für die alternative Szene sind legendär. Rösch und Jahn, ebenso andere, werden selbst im Westen von der Stasi bespitzelt.

Freya Klier hat den Widerständigen von Jena Mitte der siebziger bis Mitte der achtziger Jahre einerseits ein Denkmal gesetzt. Das geschieht unaufdringlich und gerade deshalb so überzeugend. Andererseits wendet sie sich damit gegen eine Verklärung der kommunistischen Diktatur. Es war nicht einfach, sich gegen die staatlichen Zumutungen zu behaupten. Manch einer ist daran zerbrochen. Auch wenn der Tod Domaschks auf Selbstmord zurückgehen dürfte, so ist die Staatssicherheit gleichwohl nicht unschuldig daran.

Eckhard Jesse

Der Rezensent

ist gebürtiger Sachse und hat seit 1993 den Lehrstuhl für „Politische Systeme, politische Institutionen“ im Fach Politikwissenschaft an der Chemnitzer Universität inne. Eckhard Jesse gehört u.a. den Wissenschaftlichen Beiräten der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Stiftung Ettersberg an. Der Mitherausgeber des Jahrbuches Extremismus & Demokratie hat zum Thema der Rezension zuletzt das folgende Buch herausgegeben: Friedliche Revolution und Wiedervereinigung. Sächsische Bürgerrechtler ziehen Bilanz, Berlin 2006 (Ch. Links Verlag).

Harald Hauswald/Lutz Rathenow:

Gewendet

**Vor und nach dem Mauerfall:
Fotos und Texte aus dem Osten**
Berlin 2006 (Jaron Verlag) 120 S.

**„ – doch ich fühle mich wesentlich freier,
und das ist das Entscheidende.“**

Fortsetzung folgt, so heißt es oft. Im vorliegenden Falle hat man geradezu darauf gewartet. Der seinerzeit zu klammheimlicher Berühmtheit gelangte Bildband „Ost-Berlin“ von Harald Hauswald und Lutz Rathenow aus dem Jahre 1987 (vgl. hierzu auch FREIHEIT UND RECHT; September 2006/3, S. 21) erhielt nun sein Pendant, das den Bezug zur Gegenwart herstellt. Für das außerordentlich vielfältige Bildmaterial ging Hauswald diesmal über Berlin hinaus – und tief in sein vermutlich unerschöpfliches Archiv hinein –, denn auch in der ostdeutschen Provinz gab und gibt es viel zu entdecken. Und den einen oder alten „Bekanntten“ aus dem früheren Band trifft man wieder.

Erfreulich die unverwechselbaren, eben typisch Rathenowschen Zwischentexte, die es nicht an subtiler Kritik gegenüber Ostalgikern aus Ost und West fehlen lassen. Er lässt sich aus über den Begriff „Wende“, der dem Buch den Titel gab, und erklärt, warum dieser nicht wirklich auf die Ereignisse von 1989 zutrifft, er ihn aber dennoch benutzt.

Wie viel DDR steckt noch im Osten Deutschlands? Ganz Berlin ist „verrostet“, meint Rathenow, trotz des Umbruchs, der ja eigentlich das Gegenteil bewirken sollte. Aber es geht hier nicht um Nachklänge des verhassten System, sondern es sind die Menschen, die ihre Lebensart, ihre Gewohnheiten mit sich herumschleppen und verbreiten, wie Hauswalds Bilder bezeugen, diese Gemengelage von Vitalität und Trotz, die sie so schnell nicht ablegen können und vielleicht auch gar nicht sollten, denn es gibt noch viel zu tun.

Manches – so wännen die Autoren – hat sich vielleicht nicht verbessert, nur verändert. So wie früher von Parolen wird man jetzt von Werbung überschüttet. „Das Leben ist für mich nicht leichter geworden seit der Maueröffnung“, meint der Fotograf Hauswald, der sonst, wie er selbst anmerkt, das Schreiben lieber anderen überlässt, in einem kurzen Epilog, „– doch ich fühle mich wesentlich freier, und das ist das Entscheidende.“ Recht hat er, und prägnanter kann man es kaum ausdrücken.

Barbara Szkibik

Hermann Weber:

Damals, als ich Wunderlich hieß

**Vom Parteihochschüler zum kritischen Sozialisten.
Die SED-Parteihochschule „Karl Marx“ bis 1949**
Berlin 2002 (Aufbau Verlag), 445 S., 25,00 €

„Kaderschmiede“ Parteihochschule

Wie kein anderer hat Hermann Weber, der „Nestor der deutschen Kommunismus-Forschung“, die Geschichte und Entwicklung der DDR analysiert. Bis 1989 läuteten in Ost-Berlin jedes Mal die „Alarmglocken“, wenn der 1928 geborene und 1993 emeritierte Ordinarius für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim, seiner Heimatstadt, eine neue Publikation ankündigte. Seine Wortmeldungen führten in der DDR-Historiographie zu hektischen Stellungnahmen im Parteauftrag. Seine Schriften wurden „wie Zyankali im Giftschrank“ verwahrt. Über Jahrzehnte hinweg wurde Weber durch die SED und ihre wissenschaftlichen Kostgänger angegriffen, verleumdet und verunglimpft: die Verketterung eines „Renegaten“. Seit seiner Abkehr vom Stalinismus hat Weber ein wissenschaftliches Werk hinterlassen, das – weil es auch für den politisch und zeithistorisch interessierten Laien lesbar war – das „SED-Feindbild Hermann Weber“ begründete.

Zu Webers bekanntesten Büchern zählen: „Schein und Wirklichkeit in der DDR. 65 Fragen an die SED“ (1958), „Von Rosa Luxemburg zu Walter Ulbricht“ (1961), „Ulbricht fälscht Geschichte“ (1964), „Von der SBZ zur DDR“ und weitere Bände zur Geschichte der DDR, „Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik“ (2 Bde. 1969), „Weiße Flecken in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung“ (1989) und nicht zuletzt das 679 Seiten umfassende, bis heute in der Alltagspraxis politischer Bildungsarbeit verwendbare kommentierende Dokumentenwerk „Der deutsche Kommunismus“ (1963).

2002 erschien sein autobiographisches Werk „Damals, als ich Wunderlich hieß“, in dem er seine Zeit als westdeutscher Student unter dem von der Parteileitung zugeordneten Decknamen „Hermann Wunderlich“ an der Parteihochschule „Karl Marx“ in Liebenwalde und später in Kleinmachnow bei Berlin von 1947 bis 1949 schildert. Zu seinen Dozenten gehörten Victor Stern, Anton Ackermann und Hermann Duncker. Der junge Weber lernt Ulbricht und Pieck, Grotewohl und den sowjetischen Oberst Tulpanow als Vortragende kennen – auch Wolfgang Leonhard, der zu jener Zeit der jüngste Lehrer an der Parteihochschule war und von dem Hermann Weber noch nicht ahnen konnte, dass er ihn einige Jahre später auf dem Boden der Bundesrepublik „zum zweiten Mal“, nun aber wirklich, kennen lernen sollte.

Weber gelingt eine Synthese aus Privatem und Politischem. Den ersten Zweijahreslehrgang an der gerade gegründeten Parteihochschule beschreibt und bewertet er aus einer doppelten Sicht: als Zeitzeuge und als Wissenschaftler. Geradezu spannend zu lesen sind die Erlebnisse mit Dozenten und Mitkursanten und die Schilderung ihrer Lebensläufe. Es werden lexikalische Informationen mit der politischen Entwicklung auf großartige Weise verbunden. Nachempfunden wird die Faszinationskraft der kommunistischen Ideenwelt, bis Denunziation und „Selbstkritik“ den Alltag bestimmen und der „primitive Stalinismus“ sich entwickelt. Beklemmend sind die menschlichen Tragödien selbst von Veteranen der Arbeiterbewegung, die Opfer im brutalen System des Stalinismus wurden.

Webers genaue und detailreiche Erinnerungen, ergänzt durch regen Austausch mit Beteiligten und Wegbegleitern einschließlich seiner Frau Gerda, die er damals, als er Wunderlich hieß, kennen gelernt hat, lassen den Leser hinter die Fassade eines Systems schauen, das sich später selbst als „real existierender Sozialismus“ charakterisierte, in Wirklichkeit aber eine Diktatur war, die gemäß ihrer „Logik“ alle humanen Grundsätze des als typisch moderne westliche Strömung zu verstehenden und ebenso wie der Liberalismus in der europäischen Aufklärung gründenden Sozialismus mit Füßen trat. Eingebettet in treffliche Beschreibungen von Personen und Bewertung ihres Auftretens und Handelns durch den Chronisten Weber analysiert der Historiker Weber die politischen Entwicklungen: die Verteufelung und Verfolgung der Sozialdemokratie durch die SED, die Spaltung Deutschlands und die Gründung der DDR, die frühen Weichenstellungen für die Umwandlung der SED in eine „Partei neuen Typs“ nach leninistisch-stalinistischem Vorbild, aber auch das Nachbeben nach dem

„Donnerschlag“ der lebensgefährlichen Flucht von Wolfgang Leonhard nach Jugoslawien im Frühjahr 1949.

Als Weber 1949 nach zwei Jahren Studium die Parteihochschule verließ, hatte sich deren Charakter gründlich verändert. Es wurde „parteilich“ indoktriniert, „um den folgsamen Parteisolddaten zu erziehen, der alle Befehle von oben verinnerlicht und nach unten durchsetzt“: „Zweifel, Zivilcourage oder Toleranz waren für SED-Studenten negativ besetzte Begriffe, Erziehungsziele waren Gläubigkeit, Unterordnung und Freund-Feind-Denken. Das Verbiegen bis hin zum Zerschneiden des politischen Rückgrats führte zur freiwilligen, möglichst sogar überzeugten Einordnung des Individuums in das Kollektiv. Dies endete in der Anerkennung des Dogmas: „Die Partei hat immer recht“, was konkret die Akzeptanz der „Unfehlbarkeit“ der jeweiligen Parteiführung bedeutete. Diese stalinistischen Grundsätze von 1949 bestimmten dann vierzig Jahre lang die Praxis der SED-Parteihochschule „Karl Marx“.

Obwohl von der SED anders gelehrt, hat der junge Hermann Weber schon in Kleinmachnow begriffen, „dass die so notwendige bessere, sozial gerechte, friedliche und solidarische Welt niemals durch eine Diktatur zu erreichen ist, sondern nur auf dem mühsamen Weg der Reformen in der Demokratie gelingen kann.“

Dass das Wissen über die DDR und die Geschichte von Diktatur und Demokratie ungeheuer gewachsen ist, haben wir Zeitzeugen und Wissenschaftlern wie Hermann Weber zu verdanken.

Hans-Jürgen Grasemann

Wladislaw Hedeler, Horst Hennig:

Schwarze Pyramiden, rote Sklaven

Der Streik in Workuta im Sommer 1953

Leipzig 2007 (Leipziger Universitätsverlag)
ca. 220 S.

Wetterleuchten am Horizont der Freiheit

In Deutschland hat es lange gedauert, bis der Name „Workuta“ als Inbegriff des Gulag ins öffentliche Bewusstsein gedrungen ist, obwohl doch bei der gleichlautenden Jahreszahl des Juni-Aufstandes in der DDR und des Aufstandes der politischen Häftlinge in den Zwangsarbeitslagern an der nordrussischen Eismeerküste gerade in Deutschland alle Antennen ausfahren müssten. So blieb das frühe Buch „Workuta. Erinnerung ohne Angst“ (München 1993), verfasst vom „Vorreiter“ Horst Schüler, dem als erstem deutschen Journalisten und zugleich Betroffenen 1992 eine Reise ins Gebiet der ehemaligen „Besserungsarbeitslager“ erlaubt worden war, zunächst verhältnismäßig unbekannt.

Heute hat sich die „Marktlage“ geändert. Intensiv daran gearbeitet haben die „Workutaner“ selbst, unter ihnen

bedeutende Publizisten, Wissenschaftler, Unternehmer – Menschen, die gelernt haben, wie man in der freien pluralistischen „Spaß“- und Mediengesellschaft ein Thema unter die Leute bringt. So wirken sie zugleich für alle übrigen Haftkameraden und durchaus im Interesse aller Gruppen von Opfern des immer noch unfassbaren spezifischen Wahnsinns der Diktaturen des 20. Jahrhunderts, ohne sich von bisweilen subtil kalkulierten Anfeindungen oder auch ganz plumpen Provokationen ablenken zu lassen.

Die Herausgeber des in der Fertigstellung befindlichen Buches „Schwarze Pyramiden, rote Sklaven“ knüpfen an die 2003 und 2004 im Leipziger Universitätsverlag veröffentlichten Dokumentationen „Begegnungen in Workuta“ (vgl. auch: FREIHEIT UND RECHT, Juni 2004/2, S. 31) und „Zwischen Bautzen und Workuta“ an. Eine Fülle neuer Forschungsergebnisse, darunter die in unseren Augen schockierend offenen Originalberichte der regional Zuständigen in Workuta an die Moskauer Zentrale, werden nicht nur die überlebenden einstigen Häftlinge und die Historiker interessieren. Horst Hennig, der das eigene Erleben aus dem GULag nördlich des Polarkreises in die Waagschale werfen kann, und der Historiker Wladislaw Hedeler stellen eine Chronik jener Ereignisse des Sommers 1953 vor, mit denen das Lager mit der Nummer 10 Geschichte produzierte: der um die Monatswende Juli/August zum Aufstand mutierte Streik, dem die Bewacher noch mit Waffengewalt beizukommen glaubten. Seine blutige Niederschlagung kostete das Leben von 62 Häftlingen und forderte die doppelte Zahl von Verwundeten.

Nach Stalins Tod und Berijas Hinrichtung hatte die neue „kollektive Führung“ auch den Armeegeneral Iwan I. Maslennikow, stellv. Innenminister der Sowjetunion, Mitglied des ZK der KPdSU und Kandidat des Politbüros, auf die Abschussliste gesetzt. Dass ihm kurzfristig die oberste Zuständigkeit für „Workuta“ übertragen worden war, zeigte, dass der GULag für den „Kreml ohne Stalin“ zum schädlichen Ballast geworden war. Der Aufstand und seine blutige Niederschlagung passten den neuen Kremlherren nicht in den Kram. Berija-Mann Maslennikow erschoss sich am 16. April 1954 in Moskau.

Damals ahnten viele Zeitgenossen, heute wissen wir: Der frühe Anfang vom späten Ende des kommunistischen Machtsystems war eingeläutet. Die Initialzündung von Workuta griff auf andere Lager des GULag über. Und es folgte noch weit mehr: 1956, das „Hoffnungs- und Krisenjahr“ in Europa, Aufstände in Polen, Ungarn und weiteren Regionen Ostmitteleuropas, ein widersprüchlicher, zwar auftrittsstarker, aber auch zur Selbstüberschätzung neigender Chruschtschow, der mit seinen Enthüllungen zum Stalin-Terror in vorsichtigen kleinen Dosen begann und mit der Niederschlagung der Aufstände „zu weit gehende“ Auswirkungen seiner eigenen Experimente rückgängig zu machen suchte. Unterbrochen von Rückschlägen und Stillständen ging die unregelmäßig wellenförmig, auf Mitteleuropa fokussierte Entwicklung weiter – der Prager Frühling, immer wieder Unruhen und Aufstände in Polen, dann schließlich 1989 Warschau, Budapest, Leipzig, Fall der Mauer, Prag, Sofia, Bukarest – bis endlich das Herrschaftssystem des Kommunismus in Europa zerbrochen

war. Der Name „Workuta“ steht damit seit 1953 auch für das „erste Wetterleuchten am geschichtlichen Horizont der Freiheit“ (Karl Wilhelm Fricke).

Vorgestellt wird die Neuerscheinung am 17. September in Berlin (s. Seite 2).

Das Buch genießt bereits im Vorfeld des Erscheinens eine beachtenswerte Nachfrage. Das könnte auf ein gestiegenes Interesse am Thema, auch an der Gesamtheit des Kommunismus hindeuten. Viele Gespräche lassen erkennen, dass junge Menschen wissen wollen, was vor ihrer Geburt gewesen ist, wie erwachsene Menschen als „Masse“ dazu gebracht werden konnten, sich wie Schafherden behandeln zu lassen („Du bist nichts, Dein Volk ist alles“ oder: „Die Partei hat immer Recht“) und Massenmördern wie Hitler und Stalin zuzujubeln.

Jürgen Maruhn

Frederik Roggan, Martin Kutscha (Hrsg.):

Handbuch zum Recht der Inneren Sicherheit

2. Auflage Berlin 2006
Berliner Wissenschafts-Verlag
608 S., geb. 59,00 €

Sicherheitspolitik und Menschenrechte

Angesichts der Produktpalette zur Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung, die der Gesetzgeber in den letzten Jahren vorgelegt hat („Sicherheitspakete“), ist das Instrumentarium der Ermächtigungsgrundlagen in der Strafprozessordnung, den Polizeigesetzen und den Spezialnormierungen selbst für Juristen kaum noch überschaubar. Für die Handlungsformen der Sicherheitsbehörden ist deshalb eine juristische Orientierungshilfe dringend erforderlich. Diese bietet das in 2. Auflage erschienene und durch die Mitwirkung von renommierten Autorinnen und Autoren thematisch erheblich erweiterte „Handbuch zum Recht der Inneren Sicherheit“.

Deutschland zählt zwar zu den sichersten Ländern der Welt, worauf Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble bei der Vorstellung des Sicherheitsberichts der Bundesregierung 2006 und der Polizeilichen Kriminalstatistik im Mai 2007 hingewiesen hat. Dennoch glauben viele Bürger, dass die Kriminalität dramatisch wachse und das Leben durch terroristische Anschläge immer gefährlicher werde. Weil „gefühlte“ Angst politische Relevanz hat, findet die politische Formel, wer mehr Sicherheit will, muss weniger Freiheit akzeptieren, schnell Zustimmung.

Freilich ist der reale Zugewinn an Sicherheit durch die verabschiedeten Gesetze trotz der Versprechen der Politik selten anhand rationaler Kriterien zu messen. Zum Politikmarketing gehört es deshalb, das Ausbleiben von Terroranschlägen in Deutschland als Beleg für den

Erfolg der Antiterrorismus-Gesetzgebung anzuführen, um zugleich noch mehr Befugnisse für die Sicherheitsbehörden zu fordern.

Werden durch die dogmatische Konstruktion eines „Grundrechts auf Sicherheit“ Eingriffe des Staates in die Freiheitsrechte des Grundgesetzes legitimiert?

Gewinnt vor dem Hintergrund der stetig wachsenden technischen Möglichkeiten der Überwachungsstaat an gesetzlichen Konturen? Mutiert der Bürger in den Augen der Gesetzgeber in Bund und Ländern de facto zum Sicherheitsrisiko? Kann man das Fernmeldegeheimnis tatsächlich „getrost als Totalverlust abschreiben“? Zeigt sich bereits das „Gesicht des Totalitarismus“, wenn die Anwendung von Folter und deren Androhung zur Rettung des vom Straftäter bedrohten Opfers Befürworter finden? Ist das „Recht auf datenfreie Fahrt“ durch die in Polizeigesetzen geregelte automatisierte Kfz-Kennzeichenerkennung aufgehoben? Ist der Glaube an die Unfehlbarkeit des DNA-Analyse-Ergebnisses berechtigt?

Diese und andere Fragen beantworten die Herausgeber und die übrigen Autoren und Autorinnen des „Handbuchs zum Recht der Inneren Sicherheit“ auch für den juristischen Laien verständlich und anschaulich. Die Fülle der ausgewerteten wissenschaftlichen Literatur und Rechtsprechung einschließlich der weiterführenden Hinweise ist beeindruckend. Obwohl das „Handbuch“ nicht die gesamte Materie der Inneren Sicherheit erschließt, bleiben für den aktuellen politischen Diskurs kaum Problemfelder ausgespart. Nachschlagen kann der Leser Ausführungen zum Luftsicherheitsgesetz, zur Telekommunikationsüberwachung, zur Raster- und Schleierfahndung, zur Beobachtung der Organisierten Kriminalität durch die Verfassungsschutzbehörden, zur Ausweitung der Aufgaben und Befugnisse der Nachrichtendienste nach dem Terrorismusbekämpfungsgesetz.

Ausführlich werden die Datenübermittlungen zwischen Polizei, Strafverfolgungsbehörden und Nachrichtendiensten dargestellt. Das Kapitel „Europäisierung des Rechts der Inneren Sicherheit“ führt den Leser ein in das Schengener Informationssystem, das Schengener Durchführungsübereinkommen, die Aufgaben von EUROPOL und die Regelungen von Nacheilen, Observationen und Verdeckten Ermittlern. Die Wertung der Verfasser, dass durch den Abbau der Binnengrenzkon-

trollen kein Sicherheitsverlust eingetreten sei, wird nicht unwidersprochen bleiben.

Wer Sicherheit nicht wie die Freiheit als Rechtsgut versteht, sondern als Bedingung der Möglichkeit von Freiheit und sich gegen die Scheinalternative „Sicherheit oder Freiheit“ wendet, findet in dem Handbuch eine überzeugende Bestätigung seiner Grundthesen, nicht zuletzt durch die Wiedergabe jener Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, in denen deutlich wird, dass Innere Sicherheit nicht nur durch den Staat hergestellt werden kann, sondern auch im Schutz vor dem Staat bestehen kann. Insoweit ist das im Berliner Wissenschafts-Verlag erschienene Werk ein „Beitrag zum Verfassungsschutz in des Wortes ursprünglicher Bedeutung, zu einer Kultur innerer Sicherheit, die im Interesse freier Persönlichkeitsentfaltung die Errungenschaften der europäischen Aufklärung auch angesichts der gewaltigen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bewahrt“ (Roggan und Kutscha im Vorwort).

Hans-Jürgen Grasemann

FREIHEIT UND RECHT

Vierteljahresschrift für streitbare Demokratie
und Widerstand gegen Diktatur

ISSN 05326605

Herausgeber: Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen e.V. Bonn (ZDWV), Dr. h.c. Annemarie Renger, Postfach 12 06 17, 53048 Bonn.

Redaktion: Jürgen Maruhn, Telefon: 089/1576813

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Bonn.

Das Bezugsgeld ist bei Mitgliedern der dem ZDWV angeschlossenen Organisationen durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Mit dem Bezug unserer Vierteljahresschrift ist aber keine Mitgliedschaft in den angeschlossenen Verbänden verbunden.

Alle Nachrichten werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Mit dem Namen des Verfassers gezeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe 01. 11. 2007

So lang der Vorrat reicht

Von der DVD „Demokratie braucht Demokraten“ ist noch ein Restbestand vorrätig. Die Leserinnen und Leser von FREIHEIT UND RECHT (s. auch Ausgabe Juni 2007/2, S. 10) sind zur kostenfreien Bestellung eingeladen. Telefon: 089/1576813: Bitte sprechen Sie Adresse und Telefonnummer deutlich auf die Nachrichten-Box.